

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/135

Bonn, den 20. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Der schwarze Dienstag an Rhein und Ruhr</u> ----- Zur Entdeckung der CDU in Düsseldorf	45
2	<u>Der Weg Europas</u> ----- Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten Von Heinrich G. Ritzel	52
3	<u>Katholischer Start in die deutsche Zukunft</u> ----- Nachlese zum 61. Deutschen Katholikentag in Bamberg Von Günter Grossmann	51
4	<u>Wandlungen in der arabischen Welt</u> ----- Von J.E. Falmon, Tel Aviv	52

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Anständig, aufrichtig und fest  
Bundesvertriebenenministerin stellt richtig  
Wer einmal lügt...  
Von der CDU auf den 35. Platz verbannt  
Nach zehn Jahren Ausreise genehmigt  
Größte Katastrophe des deutschen Protestantismus  
Kardinal BERAN bei den Glatzern  
Kaiserslautern übernimmt Patenschaft für Hallenser

\* \* \*

## Der schwarze Dienstag an Rhein und Ruhr

### Zur Entscheidung der CDU in Düsseldorf

G.M. - Was die Landtagsfraktion der CDU am Dienstag dieser Woche in Düsseldorf getan hat, wird über dem Land an Rhein und Ruhr wie ein schwarzer Schatten hängenbleiben. Hier wurde der Demokratie ein schwerer Stoß versetzt, der Wille des Wählers wurde ignoriert und verhöhnt.

Unsere Beurteilung der jetzt entstandenen und von den Verlierern der Landtagswahl am 10. Juli herbeigeführten Situation ist deswegen so hart, weil 50 Prozent des mündigen Volkes an Rhein und Ruhr sich genarrt fühlen müssen. Die mündigen Wähler haben eine neue Landesregierung gewollt, sie brachten der bisherigen Landesregierung wegen deren Unfähigkeit, die Probleme an Rhein und Ruhr zu lösen, eine Niederlage bei. Wenn eine Entscheidung des Volkes überhaupt einen Sinn haben soll, wäre die logische Folgerung eine Regierung mit sozialdemokratischer Führung gewesen.

Es muß wohl so sein, daß sich die CDU überheblich mit dem Staat identifiziert; anders ist ihr Verhalten nicht zu verstehen.

Dem Vernehmen nach hat der bisherige Ministerpräsident Meyers seine Parteifreunde durch die Bemerkung auf Vordermann gebracht, wenn man "die SPD ran lasse", dann werde sich bewahrheiten, was er vor der Wahl gesagt habe: In Nordrhein-Westfalen müsse man mit "30 Jahren Schweden" rechnen.

Wir verzichten darauf, an die Leistungen der sozialdemokratischen Regierungen Schwedens zu erinnern. Eines muß aber in diesem Zusammenhang gesagt werden:

- \* Das schwedische Volk hat sich auch in den schlimmsten Jahren des
- \* Krieges und sofort danach als hochherziger Freund des deutschen
- \* Volkes erwiesen. Trotz der Schrecken der Vergangenheit gingen
- \* von Schweden Hilfsaktionen für die verhungerten Menschen in
- \* Deutschland aus. Wie kaum ein anderes neutrales Land in der Welt
- \* hat Schweden den Anspruch des deutschen Volkes auf das Selbstbe-
- \* stimmungsrecht immer und überall vertreten. Allein das sollte ei-
- \* nen deutschen Politiker und vor allem den noch amtierenden Mini-
- \* sterpräsidenten des volkreichsten Landes der Bundesrepublik ver-
- \* anlassen, gerade Schweden aus seinen kleinen parteipolitischen
- \* Kalkül auszuklammern.

Deutschland hat nicht allzu viele Freunde in der Welt. So zerschlägt die CDU nicht nur innenpolitisch das Vertrauen zur Demokratie, sondern richtet auch außenpolitisch einen Scherbenhaufen an.

Es ist nicht zu viel, wenn man von einer Provokation spricht, die jetzt die Atmosphäre an Rhein und Ruhr bestimmt. Hier geht es nicht um Parteipolitik; es geht um die Glaubwürdigkeit der Demokratie, um den Respekt vor dem Wählerwillen und nicht zuletzt um die Frage, ob der Führungsklügel der CDU in Düsseldorf und Bonn ernsthaft gewillt ist, gegen die Hälfte des deutschen Volkes zu regieren. Wenn man das will, soll man es offen sagen. Die Deutsche Sozialdemokratie weiß, wie sie t r o t z d e m den demokratischen Staat sichern kann.

## Der Weg Europas

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten

Von Heinrich G. Ritzel

Wie war es, doch, im zweiten Weltkrieg, als französische Patrioten aus allen Lagern gegen die Besatzungstruppen des Dritten Reiches kämpften? Wurde nicht damals der Geist geboren, der in die Forderung ausmündete, eine europäische Einigung anzustreben, um Europa vor der Wiederkehr des scheinbar ewig Gleichen, vor dem Krieg zu bewahren? Wie war es, als 1946 auf dem ersten europäischen Kongreß in Hertensstein am Vierwaldstätter See, an dem unter deutscher gleichberechtigter Beteiligung wertvolle Gedankenarbeit zur Vorbereitung des Churchill-Kongresses 1948 in Den Haag geleistet wurde? Wie war es, als ab 1946 auf dem Bürgenstock am Vierwaldstätter See Konrad Adenauer mit dem heute im Exil lebenden französischen Politiker Bidault zusammentraf? Stand nicht bei all diesen und bei noch mehr Gelegenheiten auf allen Seiten, bei Franzosen und Deutschen, bei Holländern und Engländern, bei Italienern und Belgiern das Verlangen nach Überwindung der nationalstaatlichen Begriffe und der Wunsch auf Bildung eines föderalistischen Europa im Vordergrund?

Winston Churchill wurde im Schatten des Fraumünsterturms in Zürich im September 1946 zum Rufer nach der Einigung Europas, nachdem er sechs Jahre vorher den Franzosen in ihrer Not sogar die Bildung eines einzigen Staates Groß-Britannien-Frankreich angeboten hatten. Hervorragende Franzosen waren zu Wegbereitern einer wirklichen europäischen Einigung geworden. Auf den Den Haager Kongreß folgte ein Jahr später die Gründung des Straßburger Europa-Rates. Alle Welt atmete auf, der Begriff des Nationalitätenstaates schien zugunsten einer umfassenden europäischen Föderation zum Untergang bestimmt. Im Juli 1952 trat die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union) ins Leben; ein großer Franzose, Robert Schumann, hatte seinen Plan zum Erfolg verhelfen. Die oft sentimental vertretene europäische Idee war in einer für die Völker Europas lebenswichtigen Frage zur Realität geworden. Es folgte EURATOM - die Vereinbarung einer Zusammenarbeit, bestimmt dazu, die bis 1977 in Europa zu erwartende Energielücke durch die friedliche Nutzung der Atomenergie zu decken. Es folgte die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Bildung einer Zollunion, die Sicherung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Freiheit des Niederlassungsrechtes, die Angleichung der Rechtsordnung und der Steuersysteme, die die notwendige Klärung auf den Gebieten der Agrarpolitik und des Verkehrs zum Ziele hat.

Die stufenweise Verwirklichung Europas von der nationalstaatlichen Souveränität zur Bildung echter realistischer europäischer Gemeinschaften schien gesichert. Noch aber fehlte die politische Einigung. Dem Straßburger Parlament wurden echte Befugnisse nicht zugestanden. Aber der Wille zur Integration, zu gemeinschaftlichem Handeln und zu gemeinschaftlich zu tragender Verantwortung war lebendig. Dann aber trat mehr und mehr das Streben nach bilateralen Abmachungen an die Stelle des Willens zu umfassender europäischer Integration. Der Prozeß der Verlagerung der Souveränität vom nationalen Element auf das Supernationale wurde gestoppt. - Sogar die lebendige Verbindung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten soll beseitigt werden. Wie verhalten wir uns zu diesem Verlangen? Die Antwort kann nur lauten: Wir Deutschen wollen die Freundschaft des französischen Volkes, wir wollen und brauchen die Freundschaft des amerikanischen Volkes, wir wollen die Integration in Europa. Einen anderen Weg kann es für uns nicht geben!

## Katholischer Start in die deutsche Zukunft

Nachlese zum 81. Deutschen Katholikentag in Bamberg

Von Günter Grossmann

Politische Thematik und die Erarbeitung von Leitlinien für das Wirken in die Gesellschaft hinein und innerhalb der Gesellschaft sind verständlicherweise nur Teilaspekte der Katholikentage. Dennoch: Was sich im Zuge der konziliaren Entwicklung auch im deutschen Katholizismus immer deutlicher manifestiert, wurde beim 81. Deutschen Katholikentag noch klarer, nämlich die Öffnung zur Welt hin, die Bereitschaft zum Gespräch mit allen Kräften in der Gesellschaft und das Ringen um Formen des vielfältigen Miteinanders. Das Interesse, aktuelle politische Fragen ohne vorherbestimmte Fixierung auf ein feststimmtes Parteischema zu betrachten und frei zu entscheiden, war unverkennbar.

Das Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie schien in vielen Punkten entkrampfter zu sein. Dabei zeigte sich eine verschiedenartige Wirkung des SPD-Wahlsiegs von Nordrhein-Westfalen. Während vorwürttsdenkende Katholiken darin eine Verfestigung des demokratischen Spiels der Kräfte sahen und teilweise ihre Genugtuung darüber nicht verhehlten, zeigten sich andere, die anscheinend noch immer irgendwie Kirche und sogenannte "christliche" Parteien identifizieren, schockiert und schrieben den Wahlentscheid unter anderem dem Hirtenwort zu, das den Akt des Wählers als Sachentscheidung ganz in die Freiheit des Gewissens gestellt wissen wollte.

Dinge, die auf Seiten des höheren Klerus und zahlreicher führender Laien heutzutage völlig geklärt sind, werden bei vielen einfachen Laien noch längere Zeit einem inneren Klärungsprozeß unterworfen bleiben. Allmählich aber wird sich beispielsweise die Ansicht, daß die Sozialdemokratische Partei es von ihrer Zielrichtung einem bewußten Christen unmöglich mache, sich in ihr politisch wirksam zu entfalten, als schlichte Unwahrheit herausstellen. Die Zahl derjenigen, die solchen künstlichen Schablonen zum Opfer fallen, wird ohnehin von Tag zu Tag geringer. Es konnte nicht überschen werden, daß führende katholische Laien, die mit hervorragenden Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens während der Veranstaltungen in den ersten Reihen zu finden waren, schließlich als sozialdemokratische Parlamentarier aus Bund und Ländern erkannt wurden.

So ist es auf die Dauer kein Wunder, wenn sich innerhalb der demokratischen Lebensordnung auch in Deutschland eine weltoffene Kirche in eine plurielle, mißtrauens- und ressentimentsfreie Gesellschaft integriert, ohne ihren auf anderer Ebene liegenden Heilungsauftrag zu verleugnen. Die Weichen sind nicht zuletzt durch das Konzil und die durch den Bamberger Katholikentag angeregten, auf die deutschen Verhältnisse zielenden Normen gestellt worden. Wie auch das Verhältnis zu den anderen christlichen Konfessionen und zur jüdischen Gemeinschaft einer radikalen Neubesinnung unterworfen worden ist, so will sich der deutsche Katholizismus nicht mehr in die Lage der Isolation zurückversetzt sehen, in der er wie eine eingezogelte Phanlanx innerhalb feindlicher, zumindest aber mißtrauisch zurückhaltender Kräfte wirken mußte. Er wird - und dafür sprechen alle Anzeichen - in voller Freiheit und innerer Sicherheit das natürliche Verhältnis zur politischen Ratio entwickeln, wie es die jüdische Glaubensgemeinschaft nach Sprengung ihres Ghettos entwickelt hat und das mit Recht so bewundert wird.

## Wandlungen in der arabischen Welt

Von J.E. Palmer, Tel Aviv

Der mißlungene Putsch des pronasserischen Fliegergenerals Abdel Razak in Bagdad hat eine völlige Wandlung des politischen Bildes in der arabischen Welt zur Folge. Die regierenden Männer in Bagdad erklärten zwar, der Putsch sei nur Folge "innerer Umstände" und vermieden jeden Affront gegen Ägypten; aber in ihrer Politik entfernen sie sich heute deutlich von Kairo. Noch besteht der gemeinsame "politische Ausschuss Kairo-Bagdad", aber er hat viel vom Inhalt verloren, weil die Iraker den Absichten Nassers mißtrauen.

Bagdad versucht jetzt bei der Türkei und dem Iran Anlehnung zu finden; und der Irak unternimmt dabei Schritte, die ihn in Gegensatz zur Politik Nassers bringen müssen. Der irakische Ministerpräsident Dr. Bazzaz, allgemein als fähiger Politiker geschätzt, besuchte die Türkei und wurde in Ankara mit allen Ehren aufgenommen. In einem gemeinsamen Communiqué trat er für den türkischen Standpunkt in der Zypern-Frage ein; während Nasser immer den Erzbischof Makarios unterstützt hat. Noch während der Türkei-Reise des Ministerpräsidenten nahm Präsident Aref freundschaftliche Kontakte mit dem Schah des Iran auf, obwohl dieser ein Gegner Ägyptens ist. Wieder ein Schlag gegen den Verbündeten Nasser und gegen dessen Pläne einer "revolutionären Einheit" im arabischen Raum.

Die Gründe für die Haltung des Irak sind klar. Die Regierung von Bagdad möchte endgültig den kurdischen Aufstand durch einen Kompromiß liquidieren. Frühere Einigungsversuche scheiterten, weil die Kurden sich immer auf türkisches oder iranisches Gebiet zurückziehen und von dort aus gegen den Irak weiter operieren konnten. Durch Herstellung guter Beziehungen zu beiden Ländern will der Irak den Kurden jedoch die Rückzugsweg abschneiden. Dies haben die Kurden anscheinend auch verstanden; denn sie haben sich zur Annahme eines Kompromisses bereit erklärt, obwohl dieser ihnen nicht den erhofften selbständigen kurdischen Staat, sondern nur lokale Autonomie im Rahmen des Irak verheißt.

Zum ersten Male seit 1958 steht der Irak, der früher Mitglied des westlich orientierten Bagdad-Paktes war, in einer Front mit seinen Nachbarn Türkei und Iran. Aber aus dieser Tatsache wird noch kein neues Bündnis erwachsen; Ministerpräsident Bazzaz will eine Politik der Unabhängigkeit mit weitreichenden Freundschaften betreiben. Im Sinne dieser Haltung schickte er auch seinen Außenminister Pachachi zu Besprechungen nach Paris, wo der irakische Gast von Außenminister de Merville und von Präsident de Gaulle empfangen wurde.

Israel beobachtet die neue Entwicklung im arabischen Raum sehr aufmerksam. Im gemeinsamen Communiqué Irak-Türkei hat Ankara sich in der Frage der arabischen Flüchtlinge grundsätzlich zum arabischen Standpunkt bekannt, und eine gewisse Abkühlung der Beziehungen zwischen der Türkei und Israel ist zu spüren. Dennoch besteht zwischen der Haltung von Bazzaz und dem "revolutionären" Vorgehen Nassers und der Syrer ein gewaltiger Unterschied. In den letzten Monaten war oft die Rede davon, daß ein Block der "revolutionären" arabischen Staaten unter Beteiligung Ägyptens, Syriens, Algeriens, des Irak und des republikanischen Jemen geschaffen werden sollte. Nach der neuesten Entwicklung des Irak dürfte dieser Block der Vergangenheit angehören, und Nasser wird sich nach anderen politischen Möglichkeiten umsehen müssen. Als Nächstes sagen erfahrene Beobachter eine Annäherung zwischen dem Irak und dem saudischen König Feisal voraus, der bei Nasser lange Zeit als "Feind Nr. 1" galt.